

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

84 (12.4.1921)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einsehl. 50 A. Zustellgebühr: bei Abholung in der Geschäftsstelle und in 14 Tagen 4.00 M.; durch die Post bezogen 4.50 — ohne Ausgabe u. Postgebühren monatlich 1.25 M. Einzelhefte 15 Pf.

Ausgabe: Mittags mittags Geschäftsstelle und Redaktion: Luitpoldstr. 24 Karlsruhe: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 491

Anzeigen: Die Inhaltige Kolonietabelle L.—A. Die Reklametabelle 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde 8 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags 4 u. 6 Uhr.

### Die neue Zollgrenze

Paris, 10. April. Savas veröffentlicht die Verhandlungen der internationalen Rheinlandskommission über das neue Zollregime. Hiernach sind die an den alten Grenzen erhobenen Zölle dieselben wie die, welche vor dem Inkrafttreten der von der Londoner Konferenz beschlossenen Sanktionen erhoben wurden. Ferner werden die bei der Einfuhr ins besetzte Gebiet an den neuen Grenzen erhobenen Zölle nach dem deutschen Tarif, der auf ein Viertel herabgesetzt wird, erhoben, sowie die am Ausgange des besetzten Gebietes nach dem nichtbesetzten Deutschland erhobenen Zölle nach dem deutschen Tarif festgesetzt, aber in Papiermark, d. h. sie betragen ungefähr den zehnten Teil der Zollhebung in Goldmark. Die Grenze des Besatzungsgebietes ist mit der Anwendung der erlassenen Strafmaßnahmen für Verhöfe betraut. Die Strafverfolgung können sich bis zu 5 Jahren erstrecken.

London, 10. April. Der Handelsminister teilt mit, daß unter gewissen Bedingungen deutsche nach England gehende Exportwaren vom 50prozentigen Zollzuschlag befreit werden, besonders wenn der Kaufvertrag vor dem 8. März 1921 unterzeichnet wurde und 20 Prozent des Kaufpreises schon bezahlt sind.

Paris, 10. April. Leon Blum, der Leiter der neuen Morgenzeitung „Le Populaire“, schreibt die starke Band der Rheinlande lege sich in Gestalt eines neuen Zollregimes auf Deutschland. Die rheinische Industrie leide von deutschen Rohstoffen und in Deutschland leide sie ihre fertigen Produkte ab. Wenn man die Rohstoffe mit erschaffen Zöllen belege und auch die Produkte, die aus dem Rheinlande ausgeführt würden, dann werden die Einnahmen vergrößert; aber die Rheinlande würden ruiniert. So gar französische Handelsleute weisen auf diese Gefahr hin. Wenn aber die Zölle unbedeutend seien, dann seien die Sanktionen wirkungslos und die Einnahmen würden nicht einmal die Erhebungskosten decken.

### Die Streiklage in England

London, 11. April. Das Reutersche Büro teilt mit, die Tatsache, daß die Bergarbeiter jetzt eingewilligt haben, mit den Bergwerksbesitzern zusammenzutreten, wird als positives Zeichen dafür angesehen, daß der Streik sicherlich beigelegt werden wird. Es kann vielleicht noch zeitweilige Rückschläge geben, der endgültige Ausgang wird jedoch in zuletzten Kreisen als außer Frage stehend angesehen. In Regierungskreisen ist man überzeugt, daß der Generalstreik nicht 48 Stunden gedauert haben würde. Die eventl. Wiederaufnahme zu geringeren Löhnen wird, wie man erwartet, ein sofortiges Sinken der Kosten für den Lebensunterhalt mit sich bringen mit einer verhältnismäßigen Herabsetzung des Wertes der Löhne. Während des ganzen Streiks ist kein Verlust an Menschenleben eingetreten.

### Franszösische Kammer

#### Vericht des Abg. de Laforest

Paris, 11. April. Morgen Dienstag wird die französische Kammer ihre Sitzungen wieder aufnehmen und u. a. die Beratung des Spenderbudgets über die Forderungen, die nach dem Friedensvertrag von Versailles Frankreich zurückvergütet werden müssen, einleiten. Abgeordneter de Laforest hat über dieses Budget einen Bericht erstattet, in dem er feststellt, daß für den Wiederaufbau der besetzten Gebiete, wenn man sie in den vorläufigen Zustand bringen wolle und nach ihrem damaligen Wert von 1914 berechnen, 26 Milliarden erforderlich seien. Je nachdem man den Koeffizienten mit 3, 4 oder 5 annehme, komme man auf eine Summe, die zwischen 80 und 130 Milliarden schwänke. Selbst bei einem Minimalbetrag von 80 Milliarden müsse man sich sechs Jahre hindurch jedes Jahr 8 Milliarden füllen lassen. Der Bericht stellt ferner fest, daß Deutschland seine Verpflichtung erfüllen müsse und daß es dazu in der Lage sei, es keine äußere Schuld habe und trotz seiner Niederlage in seinen finanziellen Vermögenswerten und Fabriken sich in einer bevorzugten Stellung befinde. Seine augenblickliche Notlage sei gemacht.

### Die Kohlenlieferungen

#### Neue Verhandlungen mit der Reparationskommission

Paris, 11. April. In diesem Augenblick finden in Paris Verhandlungen statt zwischen der Reparationskommission und Vertretern der Kohlenindustrie. In Erwartung eines allgemeinen Lieferungsplans hat die Reparationskommission bestimmt, daß auch für April wie für Februar und März 2200 000 Tonnen geliefert werden sollen. Die deutschen Delegierten haben eine Denkschrift überreicht, in der verlangt wird, daß das monatliche Lieferungsquantum herabgesetzt werden möge.

### Englisch-französische Gegenstände

London, 11. April. Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“ will erfahren haben, daß eine neue englisch-französische Krise in der Frage der Reparation bevorzuehen soll. Die Franzosen hätten erklärt, daß sie nach dem 1. Mai zu neuen Aktionen übergehen würden. Durch einen solchen Schritt würde sich Frankreich noch weiter von seinen Alliierten entfernen. In britischen amtlichen Kreisen frage man sich, worauf denn die französische Politik ziele. Angenommen, ein weiteres Stück deutschen Gebietes werde besetzt, angenommen, die Franzosen marschieren nach Berlin, was sei damit erreicht? Auf diese Frage bleibe Frankreich die Antwort schuldig. Es sei notwendig, daß Frankreich die Politik klar gemacht werde, die Vorkriegszeit vorschleuge. Die britische Regierung könne nicht verschweigen, wie die Franzosen hofften, die Bezahlung der deutschen Entschädigung in 20 oder 50 Jahren durch einen Vorkriegs nach Berlin zu führen, denn man dürfe nicht vergessen, daß mit Bezug auf die Bezahlung der 5 ersten in Paris festgesetzten Jahreszahlungen zwischen Deutschland und den Alliierten eine Meinungsverschiedenheit nicht herrsche.

Ein anderer wichtiger Punkt, den die französische Regierung unbedingt bestehen müsse in Anbetracht der neuen Reparationskonferenz, die jetzt unvermeidlich sei, sei der, Frankreich wolle Geld, England aber wolle Handel, und die englischen Bedürfnisse seien vitaler als die französischen. Infolge des Bestehens der Franzosen auf militärische Zwangsmaßnahmen und der daraus folgender Verwirrung der wirtschaftlichen Beziehungen könne England niemals mit seiner Wiederherstellung beginnen. Nur Offenheit könne die Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich in der Reparationsfrage überbrücken.

### Die englischen Schulden und Guthaben

London, 12. April. Im Unterhause wurde auf eine Anfrage von Seiten der Regierung erklärt, daß die englische Schuld an Amerika einschließlich der Zinsen 862 Millionen Pfund Sterling betrage. England habe den Alliierten 897 Millionen Pfund Sterling vorgestreckt.

### 50 Millionen für einen französischen Erzerzierplatz bei Ludwigshafen

Berlin, 12. April. Nach dem „Berl. Lokalan.“ verlangen die französischen Behörden für einen Erzerzierplatz bei Ludwigshafen im Umfang von 224 000 Quadratmeter. Der Aufwand wird auf rund 50 Millionen veranschlagt.

### Die Uebersichten im Ruhrrevier fortgesetzt

Berlin, 12. April. Nach Berichten aus Essen haben die Verhandlungen wegen der Uebersichten zu dem Ergebnis geführt, daß die Uebersichten fortgesetzt und bis zum 1. April nächsten Jahres abgebaut werden. Das Abkommen ist verbindlich, sobald über die neuen Lohnverhandlungen ein Abgleich vorliegt.

### Erkaiserin Auguste Viktoria †

Berlin, 11. April. Aus dem Hause Doorn ist heute folgendes Telegramm eingetroffen, daß die Kaiserin heute früh 6 1/2 fahnt entschlafen ist. Die Trauerfeier wird am Donnerstag in Doorn abgehalten werden. Donnerstagabend wird die Leiche nach Potsdam überführt werden, wo die Beerdigungsfeierlichkeiten im Mausoleum stattfinden.

### Streikbewegung in Tyrol

Salzburg, 11. April. Eine Abordnung Gewerkschaftler überreichte ein bis Freitag befristetes Ultimatum mit 12 Forderungen, darunter das Verlangen nach besserem Brot, billigerem Fleisch, sowie eine Preisregelung in den Hotels unter Mitwirkung der Arbeiterräte, die Sperre jeder Ausfuhr von Lebensmitteln und die Entsendung des kirchlich-sozialen Vizebürgermeisters Hilsmann binnen dreier Tage vor der Leitung des Wohnungsamtes. Bei Nichterfüllung der Forderungen wird ein allgemeiner Streik der Straßenbahner und der Eisenbahner, sowie die Sperre von Licht und Wasser in Aussicht gestellt.

### 1000 Gefangene vom Leunawerk

Halle, 11. April. (Privattele.) Um den Gang des Leunawerkes wieder in normale Geleise zu lenken, ist das Gefangenlager in Leuna aufgelöst worden. Heute wurden mittels eines Extrazuges 1000 Gefangene nach Wittenberg abtransportiert. Der aus 37 Wagen bestehende Sonderzug war militärisch stark gesichert. An welchem Sondergericht die Gefangenen abgerichtet werden, ist noch nicht bestimmt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auf dem früheren Truppenübungsplatz Altenraben ein Sondergericht eingerichtet wird.

### Kommunistenprozesse

ERfurt, 11. Mai. Das Sondergericht in Erfurt verhandelt heute gegen die Mitglieder des Dynamitanschlags auf die Eisenbahnstrecke Erfurt-Gotha in der Nähe von Erfurt. Sämtliche Angeklagten bekennen sich als Angehörige der kommunistischen Partei. Das Urteil lautete gegen den Zwickauer August Kollert auf 6 Jahre, gegen den Schloffer Walter Jakob auf 5 Jahre, gegen den Arbeiter Karl Erpbal auf 6 Jahre und gegen den Schneider Böglau auf 7 Jahre Zuchthaus sowie auf je 10 Jahre Ehrverlust.

Nach einer Meldung aus Halle hat das Sondergericht in Raumburg in seiner ersten Sitzung die Arbeiter Walther und Rinne, beide aus Braunschweig, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Beide spielten in verschiedenen kommunistischen Aktionsauschüssen eine führende Rolle, gehörten zu den direkten Anhängern des Hötz und haben in rücksichtslosster Weise verhandelt. In Gröbers wurde ein 20jähriger Arbeiter verhaftet, der geltend, einer der Haupttäter bei den Leinewerksverhandlungen gewesen zu sein. Er hat mehreren Schutzpolizisten die Ohren abgehauen und die Augen ausgehöhlen.

ERfurt, 12. April. Vor dem außerordentlichen Gericht hatten sich heute 10 Verurteilte unter der Anklage des Hochverrats zu verantworten. Die Angeklagten hatten während der Aufständigen eine Verschwörung angezettelt mit dem Ziele, das Schloss Barch und das Bürgerbräuhaus, zwei Stützpunkte der SA in Barch, im Sturm zu nehmen, in der Essener Kreditanstalt die Bankguthaben zu beschlagnahmen und eine bewaffnete Aktion gegen die Stadt Erfurt zu setzen. Der Anschlag scheiterte, weil die erwarteten Verstärkungsmannschaften ausblieben und die erforderlichen Waffen nicht zur Verfügung waren. Das Gericht verurteilte sechs Angeklagte zu Zuchthausstrafen von 5-7 Jahren, 4 Angeklagte erhielten 3 Jahre Festung.

Berlin, 12. April. Wie der „Berl. Lokalan.“ aus Augsburg meldet, hat der in München zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte Kommunistenführer und Reichstagsabg. Thomas u. a. auch die Sprengung der Eisenbahnbrücke über den Lech und verschiedener südlicher Gebäude, darunter auch des Hauptpostgebäudes in Augsburg, vorbereitet.

### Der Beauftragte Stegerwald

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Hält man sich an den Wortlaut der Verfassung, so muß man sagen, daß der preussische Wohlfahrtsminister Adam Stegerwald am Samstag vom preussischen Landtag mit 332 von 388 abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt worden ist. Hält man sich aber an den wirklichen Vorgang, so wird man die Sache richtiger so ausdrücken, daß Herr Stegerwald — nachdem alle andern Verhinde gecheitert sind — vom preussischen Landtag mit der Bildung einer Regierung beauftragt wurde. Dieser Auftrag schließt durchaus keine Blankovollmacht für Herrn Stegerwald ein, eine Regierung nach seinem Geschmack zu bilden. Ob es ihm gelingen wird, eine Regierung zustande zu bringen, die das Vertrauen einer Mehrheit des preussischen Landtags findet, steht noch dahin.

Wenn man sich nicht auf leere Schlagworte verlassen, sondern den bisherigen Verlauf der Dinge in Preußen richtig verstehen will, muß man sich schon die Mühe nehmen, in das ein wenig verwickelte Getriebe des Parlamentarismus tiefer hineinzublicken. Auf den ersten Blick scheint es gewiß überrassend, daß alle Parteien von den Sozialnationalen bis zu den Sozialdemokraten für denselben Mann als Ministerpräsidenten gestimmt haben, und daß auf diese Weise, nachdem bisher völlige Uneinigkeit herrschte, eine so merkwürdige Einigkeit herbeigeführt wurde. Das Geheimnis der Geschichte ist, daß diese scheinbare Einigkeit eben gerade das Gegenteil von wirklicher Einigkeit ist. Wäre es nicht reiblos gegenüber den Parlamentariern, so könnte man die augenblickliche Situation mit dem Fall vergleichen, daß ein halbes Dutzend Hunde sich mit aller Kraft in denselben Knochen verbeißen. Weil jeder fürchte, das Stück Macht, das er besitzt oder auf das er Anspruch erhebt, zu verlieren, darum hat schließlich jeder für Stegerwald gestimmt.

Die Deutschnationalen erklären, sie hätten dies getan, weil sonst möglicherweise unser Genosse Otto Braun zum Ministerpräsidenten wiedergewählt worden wäre. Diese Befürchtung war aber grundlos, denn Genosse Otto Braun hat für die Ministerpräsidentenschaft nicht wieder kandidiert und die sozialdemokratische Fraktion hat ihn nicht wiedergewählt. Um diesen Vorgang zu verstehen, muß man sich immer daran erinnern, daß es sich hier nicht um eine Wahl im gewöhnlichen Sinne, sondern nur um eine vorläufige Beauftragung handelt. Genosse Braun hätte aber den Auftrag, eine neue Regierung zu bilden, und damit seine Wiederwahl sofort ablehnen müssen, da er nach der bisherigen Haltung der bürgerlichen Mittelparteien keine Aussicht hat, eine Regierung zustande zu bringen. Allein kann die Sozialdemokratie nicht regieren, weil sie keine Mehrheit hat. Zentrum und Demokraten würden aber ihren Eintritt in ein Kabinett Braun davon abhängig gemacht haben, daß auch Mitglieder der Deutschen Volkspartei mit hineingenommen würden. Darauf konnte sich Braun nicht einlassen, daran mußte seine Mission scheitern, und darum wäre es zwecklos gewesen, ihn zu wählen.

Man könnte nun sagen, die Sozialdemokraten hätten einfach als Demonstration für Braun stimmen sollen, ohne Rücksicht darauf, was weiter daraus werden sollte. Die Folge davon wäre gewesen, daß Stegerwald mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien zum Ministerpräsidenten gewählt worden wäre — und die Wahl gleichfalls sofort wieder abgelehnt hätte. Angenommen hat es nur, weil er auch die Stimmen der Sozialdemokratie bekommen hat und auf diese Weise die Brücken nach links doch noch nicht ganz abgebrochen sind. Hätte aber Stegerwald die Wahl gleich wieder abgelehnt hätte. Angenommen hat er es nur, weil er nunsgestaltung zu unternehmen, so hätte man abermals vor dem blanken Nichts gestanden.

Die Unterhändler des Zentrums hatten das größte Gewicht darauf gelegt, für Stegerwald auch die Stimmen der Sozialdemokratie zu bekommen. Sie wurden ihnen ausgezahlt, nachdem sie versprochen hatten, Stegerwald werden ihn erteilten Auftrag sofort wieder in die Hände des Landtags zurücklegen, falls ihm nicht eine Kabinettsbildung gelinge, die auch die Zustimmung und Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion finde.

Herr Stegerwald hat also in Wirklichkeit noch kein Amt, sondern nur einen schwer zu erfüllenden Auftrag. Die Schwierigkeiten liegen bei seiner eigenen Partei, dem Zentrum und den Demokraten, die den Eintritt in sein Kabinett ablehnen, falls es ihm nicht gelingt, Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie zugleich zum Eintritt zu bewegen. Ohne diese Vorbereitungen der bürgerlichen Mittelparteien wäre die Lage ungemein einfach: An Stelle des Landwirtschaftsministers würde eben der Wohlfahrtsminister den Vorsitz im Kabinett übernehmen und im übrigen könnte alles beim Alten bleiben. Eine Mehrheit, die bereit wäre, eine Regierung Stegerwald auf Grundlage der alten Koalition zu stützen, gibt es im Landtag nicht. Die alte Koalition ist nur darum unmöglich geworden, weil Zentrum und Demokraten sie nicht mehr wollen.

Unter diesen Umständen bleibt auch nach der Wahl Stegerwalds die Bildung der preussischen Regierung ein ungelöstes Rätsel.

### Wo die Führer der Unabhängigen zum Fünftage sind

Die „Nate Fahne“ und die „Freiheit“ werden sich gegenseitig vor, Spitzdienste zu verrichten und in den Reihen der Partei zu dulden. Die „Freiheit“ hatte erklärt, daß die RPD einen Zummelplatz für Polzeistitel und Salonkommunisten abgibt. Die „Nate Fahne“ ist der „Freiheit“ die Antwort nicht schuldig geblieben und behauptet, daß die Unabhängigen verdächtige Gesinnung und behauptet, daß die Unabhängigen verdächtige Gesinnung mit dem Landeseinde mache. Das kommunistische Blatt schreibt: „Diese schamlose Denunziation (die Vorwürfe der „Freiheit“) verdient niedriger gebührt zu werden. Bei den Salonproletariern der „Freiheit-Redaktion“, jenen Herrschaften, die sich wöchentlich ein paarmal zum Fünftage im Salon des Millionärs Gasterer oder beim Ententemarschall Macolm treffen, erübrigen sich allerdings Verhaltungsmahregeln gegenüber dem Epitaphsteine.“

Der Kapitalismus und der Militarismus Deutschlands wird befanntlich von den Unabhängigen weder und utig bekämpft, aber eine Kaffe Tee aus den Händen eines Vertreters des Entente-Kapitalismus und des Entente-Militarismus zu empfangen, gehört augenscheinlich zu den Leistungen der U.S.P.D. Leute. Ob es wohl bei dieser Kaffe Tee sein Bewenden hat?

### Steuerfragen

Ueber die Finanzministerkonferenz in Stuttgart wird mitteilend:

Die Einkommensteuernovelle wird den Ertrag der Einkommensteuer ungenügend beeinflussen, einmal dadurch, daß der Prozentsatz des Zarfs wesentlich herabgesetzt worden ist, dann aber auch dadurch, daß den Gewerbetreibenden auf eine Reihe von Jahren eine härtere Abschreibung gestattet ist. Endlich ist auch die Besteuerung des Mindesteinkommens fortgefallen. Die Finanzministerkonferenz versucht aus diesem Grunde für die Länder und Gemeinden einen höheren Prozentsatz der Einkommensteuer statt der bisher zwei Drittel vom Reize zu erlangen. Außerdem sollte den Gemeinden statt 5 % der Umsatzeinkommensteuer 15 % zugewiesen werden. Eine Einigung kam in diesen beiden Punkten jedoch nicht zustande. Das Reich wollte nur eine Erhöhung der Umsatzeinkommensteuer von 5 % gewähren. In der nächsten Tagung wird das Reichsfinanzministerium weitere Verhandlungen hierüber mit dem Städtetag führen. Einigung wurde über die Frage erzielt, zu welchem Zeitpunkt an die Länder und Gemeinden der zwei Drittel betragende Anteil von der Reichseinkommensteuer, und falls dies nicht ausreicht, der garantierte Betrag des Jahres 1919 zuzüglich 25 % auszusprechen ist.

### Er sitzt in der Schweiz und hofft weiter

Daß der Osterreichergang des Kaiserthronen Karl nach Budapest doch im Einvernehmen mit der Horthyregierung erfolgte und nur an den Hindernissen von außenher gescheitert ist, geht ganz deutlich aus einer schriftlichen Erklärung des Abgeordneten an den Ministerpräsidenten Graf v. Teleki hervor, die dieser veröffentlicht. Darin beteuert Karl in feierlichen Worten, wie ihm das Herz geblutet habe, daß er sein vielgeliebtes ungarisches Volk nicht länger durch seine Anwesenheit beglücken könne. Die bösen Auslandsstaaten hätten das nicht zugelassen. Aber er werde niemals treulos (!) werden, sondern er warte sehnsüchtig auf den Augenblick, wo sein uraltes Recht auf den ungarischen Thron wieder hergestellt sei. Das ungarische Volk solle gleich ihm in Geduld auf diesen Augenblick warten und bis dahin dem Horthy vertrauen, der schon alles recht machen werde.

Das Schreiben zeigt, wie wenig davon die Rede sein kann, daß mit der Abschaffung der Königsuppe Karl die monarchische Restauration für Mitteleuropa endgültig beseitigt ist.

### Seite Dividenden

Die industriellen Unternehmen haben fast ausnahmslos im verfloffenen Jahr dank ihrer gewaltigen Preissteigerungen außerordentlich große Gewinne erzielt. Trotzdem ragt der Abschluß der Thüringer Volksbankinnerei A. G. in Leipzig noch weit über das Maß hinaus, das die übrigen Gesellschaften erreicht haben. Der Bilanzmäßige Reingewinn dieser Gesellschaft beträgt 11 719 835 M., die Rückstellung aus Erneuerungsgründen 6 Millionen; für die Stärkung der Reserven sind zurückgelegt 1 550 500 M., dem außerordentlichen Reservefonds sind 8 Millionen zugeführt worden. Das ergibt einen eigentlichen Gewinn von 22 270 355 M. Da die Gesellschaft aber nur ein Aktienkapital von 6 Millionen Mark hat, so entsprechen 22 Millionen Mark Ueberfluß einem Reingewinn von 370 Prozent.

### Madame Bovary

Roman von Gustave Flaubert. (Fortsetzung.)

Die anderen begannen zu essen. Sie nahm nichts, ihre Stirn glühte, ihre Lider brannten und stachen, und ein kalter Schauer lief ihr über den Rücken. Es war ihr, als trüge sie den Boden des Tansales in ihrem Kopfe, so hämmerte ihr das rhythmische Stampfen der tausend Füße, die gelangt hatten, nach im Gehirn. Der Qualm der Zigarren und der Geruch des heißen Punschess erstickten sie fast, sie wurde ohnmächtig, Man trug sie ans Fenster.

Schon wurde es Tag. Ein purpurner Schein brotete sich von Sainte-Catherine her über den bleichen Himmel aus. Ein Kröpfeln schien über das farblose Wasser des Flusses zu gehen; niemand war auf den Brücken; die Laternen waren erloschen.

Emma kam allmählich wieder zu sich und dachte an Veria, die da weit von hier, hinten im Zimmer des Dienstmädchens schlief. Ein Karren mit langen Eisenstangen fuhr vorüber und warf ein betäubendes metallisches Dröhnen an die Mauern. Sie stand auf, entließ sich ihres Maskenkostüms, sagte zu Jean, er solle nur zurückkehren, und blieb allein im Hotel de Boulogne. Alles, alles, sie selbst einbezogen, war ihr unmetraglich zuwider. Sie hätte sie selbst abwaschen und sich irgendwo in reiner, unbedeckter Ferne abwaschen und wieder verjüngen mögen.

Darum verließ sie das Hotel, schritt über den Boulevard, die Place Cauchoise und das Faubourg, bis sie an eine Straße kam, die oben an Gärten vorbeiführte. Sie ging schnell, die frische Luft beruhigte sie ein wenig. Und nach und nach verschwanden die Gefächter der Maskengesellschaft, die Klänge der Ouvertüren, die Kronleuchter, das Souper, die schlechten Frauen wie hinter einer Nebelwand. Im „Noten Kreuz“ warf sie sich auf das Bett in ihrem kleinen Zimmer in der zweiten Etage. Hört weckte sie um vier Uhr nachmittags.

Als sie zu Hause angekommen war, zeigte ihr Besette ein graues Papier, das sie hinter die Porthüle gesteckt hatte. Emma las: Exekution, infolge Urteilspruches . . .

Was für ein Urteilspruch? Ach, da war am Tage vorher ein anderes Schreiben angekommen, das sie natürlich nicht gelesen hatte. Erkaunt las sie die Worte: Im Namen des Königs, des Gesetzes und der Gerechtigkeit an Frau Bovary . . .

Sie übersprang ein paar Zeilen mit den Augen. Da stand: In einer Frist von vierundzwanzig Stunden . . . Was denn?

Auch die Aktiengesellschaft für Chemische Industrie Welfenrieden-Schulte hat einen für ihre Aktionäre außerordentlichen günstigen Abschluß zu verzeichnen. Sie schlägt deshalb eine Dividende von 25 Prozent und eine Vergütung von 500 M für die Aktie zu 1000 M, zusammen also 75 Prozent, vor. Je größer die Not der Massen ist, desto besser ergeht es den Dividendenbesitzern.

### Badische Politik

Zur Vereinigung von Württemberg, Baden und Hohenzollern

Am Freitag fand in Donaueschingen die geplante Vorgesprechung in der Frage der Vereinigung von Baden, Württemberg und Hohenzollern statt. Vertreten waren die Städte Donaueschingen, St. Georgen, Triberg, Willingen, Alpirsbach, Obingen, Metzingen, Schramberg, Schwenningen, Troisringen, Zullingen, Hechingen und Starningen. Es fand eine rege Diskussion statt in welcher auch die Frage der Einbeziehung des Rheins und der Rheingebirge in die Vereinigung erörtert wurde. Die Vertreter waren von der Meinung, daß die Vereinigung vorzuziehen ist und dem Ziel näher zu kommen soll im Laufe des nächsten Monats in Donaueschingen eine öffentliche Versammlung stattfinden, in welcher die Frage mit breiter Stirn und Wider gründlich beleuchtet werden soll. Die Einladung hierzu soll sich auf weite Kreise erstrecken.

### Einheitsstaat und Dezentralisation

In einem längeren Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ bekämpft Reichsminister Koch den Dualismus, d. h. das Nebeneinanderarbeiten zweier widerstreitender Parlamente in Berlin, Reichstag und Landtag und gelangt zur Anregung eines dezentralisierten Einheitsstaates — eine Idee, die von uns seit zwei Jahren ständig propagiert wird. Reichsminister Koch schreibt u. a.:

„Die deutsche Politik läßt sich aus dem preussischen Landtag schon deshalb nicht mehr verdrängen, weil die preussische Regierung für die Abstimmung im Reichsrat verantwortlich ist. Erklärungen aber, die im preussischen Landtag abgegeben werden, können sich unmöglich immer mit denen decken, die im Reichstag abgegeben werden. Die Folge ist, daß die öffentliche Meinung aufgeregt und unsicher gemacht wird. Solange zwei Stellen für die deutsche Politik verantwortlich sind, bleibt die Einigkeit aus. Eine endgültige Hilfe sehe ich nur darin, daß wir in nicht allzu ferner Zeit zum dezentralisierten Einheitsstaat gelangen. Eine solche Dezentralisation ist mit dem Bestehen Preußens unvereinbar. Kommen wir zu einem solchen Einheitsstaat, so hat Preußen seine Mission in Deutschland erfüllt, wie seinerzeit Brandenburg in Preußen. Und in einem dezentralisierten Einheitsstaat wird sich die Selbstständigkeit der Länder auf dem Gebiete der Gesetzgebung und noch mehr auf dem Gebiete der Verwaltung nicht nur erhalten, sondern vielfach noch erweitern lassen. Worauf es ankommt, ist, daß die Verantwortung für die große Politik einheitlich in der Hand des Reiches liegt.“

Wir können diesen Ausführungen des demokratischen Reichstagsministers nur zustimmen und würden vom badischen Standpunkt aus es begrüßen, wenn sie zu einer stärkeren Bewegung in Preußen den Anlaß geben würden.

Badischer Industrie- und Handelsstag. Am Samstag, den 2. April fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der Handelskammer Mannheim, die wiederum auf vier Jahre zum Vorort gewählt worden ist, Herrn Richard Lenzel, in den Räumen der Handelskammer Karlsruhe eine Präsidialkonferenz des Badischen Industrie- und Handelsstages statt. — Die Sitzung war einberufen worden, um zu dem Entwurf des Verteilungsgesetzes, sowie zu dem neuen badischen Ertragsteuergesetz Stellung zu nehmen. Bei der eingehenden und gründlichen Aussprache wurde vor allen Dingen dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß wegen Ausgestaltung der Ertragsteuer in Baden Industrie und Handel, die Träger dieser Steuern, bisher noch nicht gehört worden seien, obwohl Verhandlungen darüber im Haushaltsausschuß des Badischen Landtags schon für die nächsten Tage in Aussicht genommen worden seien. Im Zusammenhang mit der neuerlichen Beschaffung durch diese Steuer wurde die schwierige Lage besprochen, in die die Industrie und das gesamte Wirtschaftslieben Badens durch die vollständig ungenügende Kohlenversorgung und durch die Heraushebung der Gütertarife geraten. Es wurde an Hand einer Reihe von Beispielen dargelegt, daß einzelne Industriezweige allein durch die fraglich so ungünstige Lage Badens in ihrer Existenzfähigkeit auf das schwerste bedroht seien. — Im Anschluß hieran macht der Vorsitzende Mitteilung über eine Besprechung, die er auch wegen dieser Fragen mit dem Herrn Minister des Innern gehabt habe, der für die schwierige

Lage, in die Badens Industrie und Handel durch die angeführten Umstände gerate, großes Verständnis gezeigt habe.

Der Badische Industrie- und Handelsstag wird der Regierung das nötige Material für Abhilfemaßnahmen unterbreiten.

Ueber Entstehung und Entwicklung der Fideikommissionen sprach am Montag abend Geheimrat Prof. Götze in Heidelberg in einer Zusammenkunft von Abgeordneten und einer Reihe Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den Räumen des Staatsministeriums. Einleitend wies der Redner auf den Einfluß aller Revolutionen, auf die Vereinigung von Feld und Land hin. So zeigt sich der Reformgeist auch bei den Fideikommissionen, deren Aufhebung bereits die Verfassung vorschreibt und die nunmehr durch das kommende Gesetz über die Aufhebung der Stammgüter Gesetz werden soll. Es war eine Grund-eigentümlichkeit des deutschen Rechtes, das Familienvermögen zu schützen. Der alte Zustand der Hausgenossenschaft verfiel jedoch schnell; damit war eine Güterzerstückelung verbunden. Auf der Abergüter bildete sich allmählich ein Hofrecht aus; die Gefahr einer Zerstückelung des Bodens war aber auch hier gegeben. Als Gegenmaßnahme bildete sich dann das Recht der geschlossenen Hofgüter aus. So blieb aus volkswirtschaftlichen Gründen dieses Sonderrecht die Unteilbarkeit des Bodens bestehen. Aber selbst als der Lebenswandel gewannen, ließ man das Sonderrecht bestehen; wobei sich die Reste des Lebenswandelns in den Stammgütern fortsetzten. Eine deutschrechtliche Quelle des Fideikommiss nachgewiesen, ist gefestigt; es ist spanischen Ursprungs. Während Baden im politischen Sinne als liberales Land vorbildlich war, stürzte man andererseits das besondere ritterliche Erbrecht der Standesherren als ausschließliches Adelsrecht Stammgüter zu erziehen. Nach der neuen Verfassung kann jedoch dieses Sonderrecht nicht weiter bestehen und ein unhaltbar gewordener Zustand wird beseitigt.

Die staatliche Prüfung der Sozialbeamten. Nach einer Verordnung des badischen Arbeitsministeriums finden staatliche Prüfungen für Sozialbeamten und Wohlfahrtsangehörigen in Baden nach Bedarf an den staatlich anerkannten Frauenvereinen statt. Für jede Prüfungsstelle wird vom Arbeitsministerium ein besonderer Prüfungsausschuß bestellt, der aus je einem vom Arbeitsministerium und vom Innerenministerium entsandten Beauftragten und dem von der Prüfungsstelle vorzuschickenden Lehrkräften besteht. Dem Vorsitz führt der vom Arbeitsministerium Beauftragte. Die Zulassungsgesuche sind 6 Wochen vor Beginn der Prüfung dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einzureichen. Hauptfächer der Prüfungen sind Gesundheitsfürsorge, Jugendwohlfahrtspflege und wirtschaftliche und Arbeitsfürsorge. Die Prüfungsausschüsse betragen 50 M. Die Prüfung zerfällt in einen schriftlichen und in einen mündlichen Teil. Dieser besteht aus einer Prüfung über die allgemeinen Grundlagen der sozialen Ausbildung, soweit sie nicht Gegenstand des Hauptfaches sind und in der Prüfung in den Hauptfächern Gesundheitsfürsorge, Jugendwohlfahrtspflege, wirtschaftliche und Arbeitsfürsorge. Von den drei angeführten Fächern hat die Bewerberin eines als Hauptfach zu bestimmen.

Die Volkszählung vom 8. Oktober 1919 in Baden. Bemerkenswert ist, daß die Wohnbevölkerung in Baden im 1888 Gemeinden (181 Stadt- und 1487 Landgemeinden) 2 195 530 Personen beträgt. Hinsichtlich der Bevölkerungsgröße steht Baden an 6. Stelle unter den deutschen Gliedstaaten. Sein Anteil an der Reichsbevölkerung (60 282 202) macht 3,6 Prozent aus. Von den vier Landeskommissariatsbezirken ist Mannheim mit 667 694 Personen der größte, auf den Landeskommissariatsbezirk Karlsruhe entfallen 623 695, auf Freiburg 500 505 und auf Konstanz 333 786 Personen. Unter den 88 Amtsbezirken steht Mannheim an erster Stelle mit 252 240 Einwohnern, während der Amtsbezirk St. Blasien mit einer Wohnbevölkerung von 6370 die kleinste Wohnbevölkerung aufweist. — Die größte Gemeinde in Baden ist die Stadt Mannheim mit einer Wohnbevölkerung von 231 425 Personen, die kleinste Neuenburg im Amtsbezirk Donaueschingen mit einer solchen von 43 Personen. Die Bevölkerungsabnahme für das ganze Land betrug 145,7 Personen. Schließlich kann noch festgestellt werden, daß die Gesamtbevölkerung von 2 195 530 Personen sich auf 503 307 Haushaltungen verteilt, so daß auf eine Haushaltung in Baden durchschnittlich 4,4 Personen entfallen.

### Aus der Partei

b. Ruggensturm, 10. April. Am Samstag abend sprach Genosse Ruggensturm aus Karlsruhe über Steuererleichterung, hauptsächlich über das Einkommensteuergesetz. Er vertrat es die Anhänger durch seine sachkundigen Darlegungen zu festeln und fand für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Zu bedauern ist nur, daß die Versammlung mäßig besucht war. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Versammlungen für die Zukunft besser besucht werden, denn nur durch eine gute Organisation kann mit Erfolg für die Zukunft Ertragssteuern erzielt werden.

„Ich werde Sie aber schon entlarven! Ich werde meinem Namen sagen . . .“

„Ne, dann werde ich ihm etwas zeigen, Ihrem Namen . . .“

„Er zog aus seinem Geldbeutel die Quittung über die achtzehntausend Franken heraus, die sie ihm für Vincards Bezahlung gegeben.“

„Glauben Sie, der arme Kerl wird Ihre Unterscheidung nicht begreifen?“

„Sie hoch zusammen, bedauert, als habe sie einen Keulenschlag auf den Kopf bekommen. Er ging auf und ab, vom Fenster zum Schreibtisch und zurück und wiederholte immer: „Ich werde ihm schon etwas zeigen!“

Dann trat er auf sie zu und sagte plötzlich mit sanfter Stimme: „Ich weiß ja, die Sache ist nicht unauflöslich für Sie, aber es geht ja doch nicht um den Kopf! Es bleibt Ihnen eben kein anderes Mittel, Ihre Schulden zu bezahlen . . .“

„Was soll ich das Geld hernehmen?“ fragte Emma und rang die Hände.

„Ach, wenn man Freunde hat wie Sie.“

„Und dabei sah er sie so durchdringend und schredlich an, daß sie bis ins Herz erschauerte.“

„Ich verpöndere Ihnen einen Wechsel . . .“

„Ich habe genug von Ihren Wechseln . . .“

„Ich werde allerlei verkaufen . . .“

(Fortsetzung folgt.)

### Wie bei der Eisenbahn die Wohnungsnot behoben wird

In Freiburg i. B. steht seit Oktober 1919, sage und schreibe seit 1 1/2 Jahren, die aus 6 Zimmern mit Zubehör bestehende Dienstwohnung des Vorstandes der Betriebsinspektion leer. Die städtischen Behörden und die Eisenbahn-Wohnungskommission bemühen sich bei der Eisenbahn-Generaldirektion, um angefaßte der drückenden Wohnungsnot die Belegung dieser Wohnung zu erwirken. Schließlich wurde angehendigt, die Wohnung bis zu einem bestimmten Zeitraume durch drei in größter Bedrängnis lebende Eisenbahnerfamilien zu belegen. Das wurde aber von oben herunter mit der Begründung abgelehnt, die Wohnung müßte ihrem ursprünglichen Zweck vorbehalten bleiben, es würde aber für rasche Belegung Sorge getroffen. Seitdem sind weiter über zwei Monate ins Land gegangen. Der Nachfolger des pensionierten Vorgängers ist glücklicherweise noch 1 1/2 Jahren gefunden worden. Wenn aber der Leser glaubt, die Wohnung sei nun auch schon besetzt, so befindet er sich in einem gewaltigen Irrtum. Jetzt ist die Wohnung erst bezogen worden, weil in der Zwischenzeit von 1 1/2 Jahren keine Zeit dazu war, oder weil man, richtiger gesagt, in unserer geldreichen Zeit, wo espart werden soll, warten wollte, welche Wünsche der Wohnungsinhaber in Bezug auf die Einrichtung seiner Dienstwohnung haben würde. Diese Wünsche sind nun geklärt worden und die Seiten betrogen voranschlagsgemäß 18 000 M. Da es hierbei nicht bleiben wird, wird wohl jedem Einsichtigen klar sein.

Nun kommt die Redezeit der Möbel: Zurzeit sind in Freiburg circa 150 wohnungsuchende Eisenbahnerfamilien, meist dem Arbeiter- und unteren Beamtenstand angehörend, vorhanden. Viele davon sind in unangenehm, menschenunwürdigen oder unangenehm kleinen Räumen untergebracht, es sind bis zu sechs Personen in einem Räume keine Seltenheit. Im Oktober wurde nun eine Wohnungskommission gebildet, deren Aufgabe es war, in der Frage der Wohnungsbeschaffung wirksam einzugreifen. Leider mußte die Kommission erst die vorhandenen Widersprüche beseitigen, ehe sie in Wirksamkeit treten konnte. Nach einem Erlaß des Reichsverkehrsministeriums sollte der Ein- und Ausbau von Wohnungen in vorhandenen Gebäuden so rasch wie möglich betrieben werden. Die Bauinspektion, die diesen Auftrag erhalten hatte, glaubte sich der Sache am ehesten zu entledigen, wenn sie zu dem vorgeschriebenen Termin Beschlüsse erstattete. Die Wohnungskommission verteilte diese etwas einfache Lösung und durch ihre Eingriffe wurden auf einen Schlag 6 Wohnungen herausgebracht. Man hätte nun annehmen dürfen, wenn für die Herrichtung der Wohnung des Betriebsinspektors 18 000 M. vorhanden sind, daß dann auch für diese Wohnungen eine entsprechende Summe zur Verfügung gestellt werden würde. Das war aber nicht der Fall.

Für diese Wohnungen, es handelt sich um Ein- bis Zweizimmerwohnungen, kommen eben nur kleine Beamte und Arbeiter in Betracht, da hat man kein Geld. Noch nicht einmal darf das Wasser in die Küche gelöst und ein Spülwasserfaß hergestellt werden. Dagegen ist in der vorerwähnten Oberbeamtenwohnung ein Bad neu eingerichtet, die Zimmer neu tapeziert, das elektrische Licht nach Wunsch verlegt und anderes mehr gemacht worden. Man könnte versucht sein, zu glauben die Hebung der Wirtschaftlichkeit, an der wir alle interessiert sind, sollte nur auf Kosten der Arbeiter und unteren Beamten herbeigeführt werden, während sie für die oberen Beamten außer Betracht bleibt. (Deutscher Eisenbahner.)

### Gerichtszeitung

#### Schwurgericht Karlsruhe

§§ Karlsruhe, 11. April. Unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Kempff begann heute vormittag die Schwurgerichtssitzung im zweiten Vierteljahr. Für die Verhandlungen sind 18 Tage vorgesehen. Wie der Vorsitzende in seiner Begrüßungsansprache an die Geschworenen mitteilte, wird die Tagung noch erweitert werden, da zu den 20 Fällen die vorgesehen sind, noch zwei weitere kommen werden.

Der erste Fall betraf die Anklage gegen den 20jährigen Säger Franz Josef Schneider aus Burbach wegen

#### Schändung und Blutschande

Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Sie ergab, daß der Angeklagte vor Vollendung seines 18. Lebensjahres am 24. Februar 1919 und nach dieser Zeit mit seiner einzigen Tochter, der 16jährigen Schwägerin Florentine Schneider, die sich in der Wohnung des Angeklagten befand, ein Verbrechen beging. Die Geschworenen erkannten den Schneider der Blutschande und des Verbrechens im Sinne des § 176 Ziffer 2 für schuldig, worauf ihn das Gericht zu einem Jahr 6 Monaten Gefängnis, abzüglich 6 Wochen Untersuchungszeit verurteilte. Bei den Fällen, die vor dem 24. Februar 1919

## Der sogenannte Karlsruher Mietvertrag

Von Stadtrat Dr. Kaufmann

### III.

Von der Empfehlung des Stadtrats wird man diese Wirkung auf einen sehr erheblichen Teil der Mieterchaft schon deshalb nicht erwarten dürfen, weil bekanntlich die sozialdemokratische Stadtratsfraktion gegen den von der Mehrheit gefassten Beschluß gestimmt hat.

Indessen, die Kundgebung des Stadtrats hat doch noch einen anderen, weniger harmlosen Sinn. Den Mietern wird nämlich nahegelegt, sich deshalb zu unterwerfen, weil ein Widerstand doch zwecklos sei, denn das Mieteneinigungsamt werde im Streitfall doch den Mietern nach Maßgabe des Formulars festsetzen. Und hier berühren wir nun die bedenkliche Seite der Angelegenheit. Das ist die in der Kundgebung des Stadtrats liegende Beeinflussung des Mieteneinigungsamtes.

Das Einigungsamt hat den Charakter eines Gerichts. Da wo keine Einigungsämter bestehen, erlebten die Amtsgerichte deren Aufgaben. Die Vorschriften über Ablehnung und Ausschließung von Gerichtspersonen finden auf seine Mitglieder sinngemäße Anwendung. Es entscheidet nach billigem Ermessen. Seine Entscheidungen sind unanfechtbar. Die Unabhängigkeit dieser Behörde ist somit eine außerordentlich große. Sie verleiht ihren Beschlüssen ein allgemeines Vertrauen auf ihre völlige Objektivität nur im allergeringsten Grade. Man kann sich nun keine größere Gefährdung dieses Vertrauens denken, als wenn sich der beamtete normale Weise bei den Entscheidungen auslagende Vorzüge des Einigungsamtes von vornherein auf eine Mietzinsberechnung schließt, die von einem sehr großen Teil der Bürgerchaft abgelehnt wird. Und das ist hier geschehen. Der Vorstand des Karlsruher Mieteneinigungsamtes hat einen ganz hervorragenden geistigen Anteil an der städtischen Mietzinsberechnung, er hat durch Wort und Schrift diese Arbeit gegen alle Angriffe energisch verteidigt und er hat keinen Anzeiger darüber gelassen, daß ihm eine Billigung dieser Arbeit durch den Stadtrat als Mindernde erwünscht sei. Das war ein großer Fehler. Der Vorsitzende des Mieteneinigungsamtes dürfte sich auf diesem Gebiete mit keiner dritten Stelle einlassen und sich gar von ihr in seine uralte freie Tätigkeit hineinreden lassen. Niemand hat dem Mieteneinigungsamt in seine richterliche Tätigkeit hineinreden wollen, der Stadtrat so wenig wie irgend ein anderer. Auf die Frage also, welche rechtliche Bedeutung die Kundgebung des Stadtrats hat, lautet die Antwort: Gar keine! Und dennoch handelt schon jetzt der Vorsitzende des Mieteneinigungsamtes so, als sei der städtische Beschluß schädlich für das Mieteneinigungsamt maßgebend. Die Mitteilungen „zur Mietzinsfeststellung“ unterschrieben „Karlsruhe, im März 1921, Stadt. Einigungsamt“ sagen in Ziffer 7:

„Das Einigungsamt geht von jetzt ab bei Prüfung der Mietzinshöhe rechnerisch von dem Formular aus, welches der

sich ereignet hatten, verneinten die Geschworenen die Strafbarkeit. Vertreter der Anklage war Staatsanwalt Stadert, Verteidiger Rechtsanwalt Dibold.

Die dem 2. Falle zu Grunde liegende Anklage richtete sich gegen die Dienstmagd Therese Freisinger aus Burbach. Die Angeklagte ist 22 Jahre alt und hat am 10. Februar 1921 in der Wohnung der Eltern ihr neugeborenes Kind erbrütet und die Leiche dann vergraben. Die Geschworenen kamen zu einem Schuldpruch wegen

#### Minderzinsung

aufgrund dessen das Gericht die Angeklagte zu 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis verurteilte, wovon 6 Wochen durch die Untersuchungszeit verbißt sind. Auch in diesem Falle hatte die Anklage Staatsanwalt Stadert vertreten und Rechtsanwalt Dibold die Verteidigung geführt.

In der Nachmittags Sitzung kam als dritter Fall die Anklage gegen die Köchlerin Anna Maria Scherer aus Pforsheim wegen

#### Melneids

und Abgabe falscher Verdächtigungen an Obdacht zur Aburteilung. Die Angeklagte, die jetzt 22 Jahre alt ist, hatte kurz vor ihrer Niederkunft eine einseitige Verfügung beim Amtsgerichte beantragt, nach der ein Mann, zu dem sie Beziehungen hatte und den sie als Vater des zu erwartenden Kindes

Stadtrat zur Mietberechnung empfahl. Hiernach wird der Mietzins in Grundmiete (I), Betriebskosten (II), in Instandsetzungskosten (III) zerlegt.

In dem Formular eines Schreibens an den Mieter heißt es u. a.:

„Wir machen darauf aufmerksam, daß das Verhältnis, in dem die einzelnen Wohnungen an der Gesamtmietzins teilnehmen, sich nach der Größe, Lage und Gebrauchsart dieser Wohnungen richtet (II) unter Berücksichtigung der einzelnen besonderen Verhältnisse und der bisherigen Werte, soweit letzterer nicht als äußerer deutlich erscheint.“

Also gerade, als ob der vom Stadtrat empfohlene Verteilungsmodus Gesetz wäre! Hat man denn gar kein Gefühl dafür, in welcher unzulässiger Weise man hier der Entscheidung der Parteien übersteigt?

Zu allem Ueberflus hat das städt. Einigungsamt Formulare für einen „Antrag auf Zustimmung zur Kündigung zwecks Herbeiführung einer Mietzinsänderung“ herausgegeben und in der auf der Rückseite dieses Formulars enthaltenen „Mietzinsberechnung“ fehlt die vom Stadtrat beschlossene Anmerkung, daß die Steuern und Umlagen aus dem Steuerwert von 1914 zu berechnen sind, ein Versehen, das zur Folge haben wird, daß die Steuern und Umlagen aus dem Steuerwert von 1920 berechnet werden, und das bewirkt wird, daß irrtümlich sich selbst die Mieter, die sich dem städtischen Beschluß unterwerfen wollen, zu mehr verpflichten, als ihnen der Stadtrat zumutete. Dieses Versehen ist bezeichnend für den Mangel an Rücksicht auf die Mieterinteressen und muß sofort repariert werden.

Man sieht, es giebt nur eine einwandfreie Art, eine allgemeine gleichförmige Mietzinsregelung zu erreichen, und das ist eine Aenderung der die Miete betreffenden Reichsgesetzgebung. Diese Aenderung steht bevor in Gestalt des kommenden Reichsmietengesetzes, dessen Entwurf die erste Lesung in dem Reichstagsplenum, dem Reichstagsausschuß für Wohnungs- und Siedlungswesen und dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat schon passiert hat. Es ist so gut wie sicher, daß das Reichsmietengesetz den vereinbarten Mietzins durch einen seiner Höhe nach durch das Gesetz festgelegten, den sog. gesetzlichen Mietzins, ersetzen wird, dessen Wirksamkeit nicht davon abhängt, daß sich die Parteien auf ihn einigen. Es erweitert dabei die Zuständigkeit der Einigungsämter in der erforderlichen Weise. Es ist rätselhaft, warum ausgerechnet die Stadt Karlsruhe im Gegensatz zum übrigen Reichsgebiet nicht abwarten kann, bis dieses Gesetz kommt, warum sie glaubt, den kommenden gesetzlichen unmittelbaren Zwang durch einen ungeschicklichen mittelbaren Zwang vorwegnehmen zu dürfen; umso rätselhafter, als schon jetzt mit aller Bestimmtheit feststeht, daß das kommende Reichsmietengesetz das Karlsruher System über den Haufen werfen wird.

bezeichnet, veranlaßt werden sollte, die Kosten der Niederkunft voranz zu beschreiten. Bei Abgabe ihrer protokollierten Erklärung verweigerte die Scherer ausdrücklich auf Verlangen des Gerichtspräsidenten, daß sie lediglich mit dem von ihr bezeichneten Manne verheiratet habe. Diese Versicherung wurde von ihr am Eidesstatt abgegeben. Nach der Geburt des Kindes erhob die Mutter der Scherer als Vormünderin des Kindes am 16. Nov. 1920 zum Protokoll des Gerichtspräsidenten Klage gegen den angeblichen Vater auf Zahlung der Alimente. In dem Prozesse hatte die Scherer als Zeugin den Eid zu leisten, daß sie keine Beziehungen zu einem anderen Manne, als dem Beklagten unterhalten hätte. Aufgrund dieses Eides wurde der Beklagte zur Bezahlung von Alimenten für das Kind verurteilt. Gegen dieses Urteil legte der Beklagte Berufung beim Landgerichte ein und dort konnte der Berufungskläger den Nachweis erbringen, daß die Zeugenaussage der Marie Scherer falsch waren. Später zog die Scherer ihre Eidesausage zurück. Die Geschworenen erkannten sie für schuldig im Sinne der Anklage, billigten ihr aber den Straf-milderungsgrund des § 157 Ziff. 2 des Strafgesetzbuches zu. Das Gericht verurteilte sie demgemäß zu einer Gesamtdauer von 2 Jahren Gefängnis. Staatsanwalt war Dr. Wilhelm Pforsheim, Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Ziegler.

### Der Garten im April

Der Frühling hält weiter siegreich seinen Einzug, den Höhepunkt seiner Pracht erreicht er zur Zeit der Obstbaumblüte. Dann entzündet auch das spätere Dorf, die ärmlichste Hütte das Auge, weil das Blütenmeer alles Häßliche verbirgt. Fast gleichzeitig blühen in Gärten und Anlagen heimische und eingeführte Sträucher in den mannigfaltigsten Farben, ein Blütenmeer von wunderbaren. Nur die Bäume des Waldes beschränken sich auf eine Farbe, auf das Grün, das aber in seinem Gemisch von Laub und Nadeln einem wunderbaren Gewebe ähnelt. Die Weiden gleichen farbenprächtigen Teppichen. Nicht für ein Grauen durch die Aue, so ist er begleitet von einem goldgelben Bande wasserliebender Pflanzen. Auf den Blumenbeeten der Gärten und Anlagen herrscht nicht minder die größte Farbenpracht. So malt der Frühling die Natur mit feinsten, freundlichen Farben. Gleichzeitig stellen sich die geschiederten Sommergäste aus dem Süden ein, und die Dabeimgebliebenen oder schon früher Zurückgekehrten werden von Tag zu Tag lauter, ihre Melodien klingen in dem Hause der Wärme und Sträucher.

Im Obstgarten ist die Schädlingsbekämpfung mit größtem Nachdruck vorzunehmen. Kurz vor Beginn des Triebes werden die Bäume mit Schwefelkohlenstoff gegen die tierischen Schädlinge und mit Schwefelkalklösung oder Kupferkalklösung gegen die pilzschädlichen Insekten, gegen den amerikanischen Eichenwickler benutzt man nur Schwefelkalklösung und gegen den Apfelwickler Ende des Monats oder Anfang Mai Arsenlösungen, wie z. B. Urania-Grün. Pfirsiche und Aprikosen, die am gelbsten blühen, sind vor und nach der Blüte bei drohendem Froste zu schützen. Wo der Wein im Herbst niedergelegt worden war, besetzt man ihn von der Winterbede, läßt die Reben aber noch längere Zeit am Boden liegen. Ältere Bäume können noch umgepflanzt werden. Die Erdbeerbeete sind für flüssige Dünger und eine neue Mistbede sehr dankbar. Im Gemüsegarten wird jetzt geät und gepflanzt. Wir säen: Erbsen, Salat, Petersilie, Radishes usw. ins freie Land. Vorgelegte Erbsen werden nach dem Pflanzen sofort angehäufelt, von anderen macht man Folgeebenen. Die Frühseren von Birken, Weichholz, Kirschen und Blumenholz werden baldigst angepflanzt, die Setzlinge dazu muß man sich kaufen. Die Spätseren zieht man sich selbst heran und kann den Samen jetzt auf geschützten Beeten aus säen. Ebenso ist man Kaffeebohnen, Rosenkorn, Mangold und Kote Rüben aus. Frühkartoffeln soll man nicht vergessen. Die Mistbede sind nach Bedarf zu kühlen, bei gutem Wetter nimmt man die Fenster tagsüber auch ganz ab.

### Für die Haus- und Gartenwirtschaft

Die Aste im Garten. Holzasche, die jetzt häufiger im Hausgebrauch zu haben ist, kann man als Düngemittel im Garten verwenden. Das gleiche gilt für Torfasche. Alle anderen Aschen kommen als Düngemittel nicht in Frage. Man kann sie höchstens als Lössungsmittel bei schweren Bodenarten benutzen; auch als Befestigungsmittel für die Wege sind sie nutzbar. Die Holz- und Torfasche kann man bei der Bodenbearbeitung mit untergeben, oder man bringt sie auf Komposthaufen. Sehr groß ist jedoch der Düngewert nicht.

Karbid-Rückstände können in Gärten gut als Düngemittel verwendet werden. Karbid wird bekanntlich an der Luft zu kohlenstoffsaurem Kalk verwandelt, auch schaden seine fremden Bestandteile dem Boden nichts. Das Karbid eignet sich vorzüglich zur Kalkdüngung, besonders für schweren Boden. Einem weiteren Vorzug steht er darin, daß das Karbid nur unvollständig gelöst ist und daß es sich, in die Erde gebracht, weiter entwickelt, wobei es vergiftend auf das Ungeziefer, die Mäuse und Feldmäuse wirkt, ohne die Pflanzenwurzeln usw. anzugreifen. Selbstverständlich nehmen wir nur die Karbidrückstände, die billig und umsonst zur Verfügung stehen.

Beim Pflanzen niedrig veredelter Obstbäume, also bei Buchsbaum, Pyramiden, Spalieren usw., ist darauf zu achten, daß sich über der Veredlungsstelle keine Wurzeln gebildet haben. Vorhandenenfalls müssen diese glatt abgehoben werden, damit sie die Unterlage nicht überwuchern. Aus diesem Grunde ist auch darauf zu achten, daß die Veredlungsstelle keinesfalls in die Erde kommt, denn es würden sich dann neue Wurzeln bilden, die ebenfalls den Einfluß der Unterlage beistimmen.

Heubrühe Samen werden am besten auf die Erde gestreut und fest angedrückt. Samen sollen nach der Ausfaat höchstens um das Doppelte seiner Stärke mit Erde bedeckt werden, bei den ganz feinen Sämereien ist das noch zu viel und würde entweder langsameres Keimen herbeiführen oder es gar verhindern. Weides liegt nicht im Ruben der Pflanzen, denn auch langsames Keimen schadet der Fortpflanzung.

Eine Jiesg, die zur Frucht dienen soll, muß neben todeslosen Höckerformen gute Mischleistung aufweisen. Geringwertige Tiere, selbst wenn sie von guten Eltern stammen, soll man nicht zur Frucht nehmen. Um so wertvoller sind die Fruchttiere, die gesund und leistungsfähig sind und von gleichen Eltern und Voreltern abstammen. Darin liegt auch der Wert des Stammbaumes und der Herdbücher, die über die Abstammung und die Eigenschaften der einzelnen Tiere genau Buch führen und so eine gute Ueberbrückung ermöglichen.

Aus dem Lande

Forsheim, 11. April. Der Polizei ist es gelungen, den...

Heidelberg, 10. April. Ueber den vor kurzem verübten...

Albstadt b. Bruchsal, 11. April. Durch Feuer sind die...

Altenheim, 9. April. In der Nacht vom 6. auf 7. April...

Mannheim, 11. April. Der 36 Jahre alte Schiffsoffizier...

Mannheim, 11. April. Der Reichsverband für Erfindungs...

Mannheim, 11. April. Am 29. April findet vor dem Volks...

Freiburg i. B., 10. April. Wie die „Freiburger Tagespost“...

Freiburg, 11. April. Es wird darauf aufmerksam gemacht...

Freiburg, 11. April. Im Hof einer Maschinenfabrik in...

Bad Dürheim, 11. April. Seit längerer Zeit schon hat die...

Altenheim b. Vahr, 9. April. In einer der letzten Nächte...

Staufen, 11. April. Die Ermittlungen in der Revolver...

Staufen, 9. April. Zu dem uns gemeldeten Hausüberfall...

Dom-Schwarzwaldb., 10. April. In der Scheune des Wälder...

Landesverband der badischen Militärärzte. Der badische...

Postpatente nach Italien werden wieder zur Beförderung...

Gemeindepolitik

Heidelberg, 11. April. Die Luifensheilkunst...

Heidelberg, 10. April. Der Holzbedarf wurde dieses...

Wie im Jahre 1920, so auch im Jahre 1921...

St. Pfaffen, 11. April. Bei der geistigen...

Aus der Stadt

Karlsruher Parteinachrichten

12. April, 1894 f. Ludwig Baur, Dichter und Kunstschrift...

Bezirk Müppurr. Morgen (Mittwoch) abends 8 Uhr...

Wie der Parteivorstand mitteilt, hatte das Arbeiter...

Die Tagung der Arbeitsgemeinschaft der örtlichen...

Am 28. Oktober 1920 machte der Vorstand eines hiesigen...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

Was sagen da die Verbraucher zu einem solchen Rechts...

und den Südfügel beschränkt, wird nunmehr auf den Nord...

Für den Ausbau der Telegraphenkaserne, Mannschaftsge...

Das Vertragsmuster betr. Zuschüsse zum privaten Woh...

Förderung der Schwemmannschiffe. Um die Durchf...

Vorschlag zum Entwurf eines Reichsmilchgesetzes. In Ueber...

Genosse Fritz Schaufelberger, der weithin bekannte alte...

Sozialdemokratischer Verein — Bezirk Oberheim. Am...

Gips statt Mehl. Am Sonntag wurde ein lediger Kauf...

p. Anzug und Sackbesichtigung. In der Nacht vom Sonn...

Der Bund deutscher Architekten beabsichtigt 2 öffentliche...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Alf. Raubach, hier, Elektro-Monteur hier...

Oberrhein. Hans Otto, B. Christian Heim, Buchbinder...

Todesfälle. Christina Helfenstein, alt 63 Jahre, Ehefrau...

Oberrhein. Hans Otto, B. Christian Heim, Buchbinder...

Tuch-Ausstellung in 5 Schaufenstern mit Preisangabe ab 1. April Wilh. Wolf jr. Kaiserstrasse Nr. 82 a Ecke Lammstrasse.

Stadtgartenkonzerte und Wettrennen auf dem Stadtgarten. Unsere Stadtgartenkommission ist eifrig bemüht, den Stadtgarten nicht nur als äußerst angenehmen Erholungsort zu erhalten, sondern zu einem Volksvergnügungspark auszubauen. Als willkommene Neuerung war auf Sonntag Nachmittag neben dem Konzert ein Wettrennen auf dem See veranstaltet, das programmäßig verlief. Der See war von einer tausendfüßigen Zuschauermenge umfäumt, die trotz der Hitze mit großem Interesse die Veranstaltung verfolgte. Während der Musikverein das Beste aus seinem reichhaltigen Musikrepertoire bot und Herr Kammermusiker Karl Lohr als Meister des Pistons mit seinen Darbietungen die Besucher erfreute, ging zu gleicher Zeit das Wettrennen vor sich. Es fanden solche statt in Grünländern, Flach- und Kiehlorten. Die Rennstrecke war 340 Meter lang und ging vom Nordende des Sees bis zum Springbrunnen und wieder zurück. Mit sichtlichem Ernst und äußerster Kraftanstrengung bemühte sich jeder Teilnehmer, lauter junge Leute, als erler wieder am Start zu sein. Nach dem Rennen wurde von Herrn Stadtdirektor Lohr unter entsprechenden aufmunternden Worten die Preisverteilung vorgenommen, zu der Geldpreise von insgesamt 400 M zur Verfügung standen.

**Verkehrstransport.** Heute Dienstag, den 12. ds. Mts., abends 1/2 6 Uhr, treffen 70 Kinder, die durch die Fürsorge des Vereins Jugendhilfe in dem Kinderkrankenheim Langendran sechs Wochen lang untergebracht waren, auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein.

Die Ausstellung über Wohnungsnot und Wohnungsnot des S.M. Ortsgruppe Karlsruhe in der hies. Ausstellungshalle, Eifelstraße, bietet mit den zahlreichen, interessanten Entwürfen aller Art wie Wohnhäuser in Stahl- und eisernen Siedelungen, Turmbauten, Parkanlagen, Wohnungserschließung, Bilder über die verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten des Menschen der Häuser, sehr viel Lebensvolles. Besonders sei auf die Ausstellung für alte und neue Bauweisen hingewiesen. Ganz besonders interessant sind die statistischen Tafeln, die bildlich die Wohnungsnot darstellen. Die Plakate zeigen die Zunahme der Wohnungsnot, die Zunahme der Wohnungslosigkeit, die Zunahme der schlechten Wohnungen und die Zunahme der Zusammenlegung von Wohnungen. Die ganze Wohnungsnot wird auf einem Plakat dargestellt und zwar in dringenden, sehr dringenden und zurückgestellten Fällen. Die Entwicklung der Baupreise wird in mehreren Plakaten dargestellt und man sieht, daß bei steigenden Löhnen das Fertigfabrikat trotzdem im Jahre 1921 einen Sturz aufweist. Weiter sind Plakate, die das Verhältnis der Miete zum Lohn, sowie die Steigerung der Gesamtaufkosten und endlich noch die Arbeitslosigkeit bildlich zeigen. Erklärend sind die Zahlen der Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit und wird die Ausstellungsleitung Schritte zur Behebung beider durch Vorträge bekanntgeben. Die hiesige Bevölkerung des Bezirkes der Ausstellung zeigt, daß die Bevölkerung die Wichtigkeit der brennendsten Tagesfragen erkannt hat. In dieser Woche begannen eine Anzahl Vorträge, teils mit Lichtbildern, die viele brennenden Tagesfragen näher vor der Öffentlichkeit ausführen werden.

**Jirius-Vorlesung.** Man schreibt uns, daß am nächsten Donnerstag früh die Sonderzüge dieses großen Unternehmens ablaufen. Der Jirius verfügt über einen reichen Tierbestand; die Ausbildung wird mittels Elefanten betätigt. Groß und Klein wird sich jedenfalls freuen, wieder einmal einen wirklich guten Jirius zu sehen.

Auf den Lichtbildervortrag „Die Wunder der Sternwelt“, der am morgigen Mittwoch, den 13. April, abends 1/2 8 Uhr, im Eintrachtssaal in Karlsruhe stattfindet, sei an dieser Stelle nochmals empfehlend hingewiesen. In gemeinverständlichster Weise wird der Redner, Oberlehrer Hermann Wagners aus Heidelberg, den Laie des Weltalls erläutern und in Himmelsphotographien, die die Sternorte in Heidelberg zur Verfügung stellte, die einseitigen Wunder der Sternwelt zeigen. Wie anderwärts, so dürfte wohl auch der hiesige Vortragsabend lebhaftem Interesse begehen.

**Landestheater.** Das Schauspiel bringt am Samstag, 16. April auf beiseitigen Wunsch eine Wiederholung der mit großem

Beifall aufgenommenen Hebbel'schen Neuenfiedlung von „Judith“ und am Donnerstag, 21. April, Kurt Geudes Tragödie „Sesquien“ heraus. Vorbereitet wird Grillparzer's Trauerspiel „Des Meeres und der Liebe Wellen“, das vor 12 Jahren zuletzt aufgeführt worden ist.

In den Kurien der Gesellschaft für staatswissenschaftliche Fortbildung wird auch Professor Hellpach über die Psychoedukation in einem fünfständigen Kurien behandelt, wobei auch die neue wichtige wissenschaftliche Richtung, die die Verbindung von Psychologie und Wirtschaft herstellt und mannigfaltige praktische Anwendung findet, von einem an ihrer Ausbildung besonders beteiligten Forscher behandelt werden wird.

**Professor Marcell Selzer** gibt heute Dienstag, den 12. ds. Mts., abends 1/2 8 Uhr, im Eintrachtssaal eine Auslese der besten Stücke aus seinen sämtlichen Programmen. Es sind noch einige Karten bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 80, sowie an der Abendkasse zu haben.

**Stenographie-Unterricht.** Heute Dienstag, den 12. April, abends 1/2 8 Uhr, beginnt der Stenographiekurs in der Einfeldschule, Kriegerstr. 118, mit einem Anfängerkursus. Die Vorteile des stenograph. Systems liegen in seiner leichten Erlernbarkeit (Kursusdauer nur 10 Stunden), größter Einfachheit, Kürze und guten Wiederlesbarkeit.

**Instrumentalverein Karlsruhe.** Das 8. Volkskonzert des Instrumentalvereins findet Samstag den 7. Mai in der Festhalle statt und ist in erster Linie für die breitesten Schichten der wackeren Bevölkerung gedacht. Zur Aufführung gelangen nur ausgewählte Werke unserer besten deutschen Meister. Die Eintrittsbedingungen sind der heutigen Zeit entsprechend möglichst günstig. Nummerierte Plätze zu 3.50 M. und 2.50 M., offene Plätze zu 1.50 M. einschl. Steuer und Einlagegebühr. Zu diesem Zweck sollen in erster Linie Vorzugskarten durch den Verein Volksbildung an die Gewerkschaften, Angestellte, Beamtenverbände, Bildungsvereine und Unterrichtsanstalten abgegeben werden und erst der etwa verbleibende Rest dem öffentlichen Verkauf überlassen sein. Die Organisationen werden dringend gebeten von unserem Anerbieten den weitgehenden Gebrauch zu machen und sich möglichst frühzeitig, spätestens bis zum 15. April, unter Angabe der Anzahl der gewünschten Karten zu wenden an die Geschäftsstelle Rudolf Hoed, Amalienstraße 1. Die seitigen Wünsche entsprechend kommt Mag. Trauers Opellen-Sinfonie zur Aufführung. Da als Solistin die vielgeliebte Konzertängerin Frau Johanna-Witz aus Heidelberg und als Instrumentalisten Fräulein Elisabeth Neumann (Violine) aus Stuttgart gewonnen sind sowie Mendelssohn's Chorwerk als Chorwerk einen würdigen Schluß bildet, darf man einem genussreichen Abend entgegen sehen.

**Polizeibericht vom 12. April.** Diebstahl. In der Nacht zum 7. April 1921 wurden aus einem Schuhgeschäft in der Majer-Allee mittels Nachschlüssels von bis jetzt unbekanntem Täter ein Paar Herren-, Damen- und Kinderstiefel verschiedener Größe von schwarzer und brauner Farbe im Werte von 9745 M. entwendet. — Verhaftet wurden: ein Zahnärztlicher-Belehler von Dörfelrod und ein Schreibbühnen von hier wegen Raubs, ein Schloßer von hier wegen Raubdiebstahls, ein Polizeihelfer von Weierheim wegen Unterschlagung, sowie eine Köchin aus Durlach wegen Kindesabgabe.

**Valuta-Bericht vom 12. April**

Markkurs in der Schweiz circa 940. Auszahlung Dollar in D notierte 21.87 M per holl. Gulden. Schweiz notierte 10.70 M per Schw. Fr. England notierte 242 M per Pfd. Sterl. Frankreich notierte 4.40 M per frz. Fr. New York notierte 61 1/2 M per Dollar.

**Briefkasten der Redaktion**

Schulterwinkel 45, gef. 3; Reht 142, gef. 4; Magau 287, gef. 4; Rannheim 163, gef. 5 Zentimeter.

**Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.**

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 12. April 1921**

Das östliche Tiefdruckgebiet hat sich noch weiter verlagert, jedoch die Luftdruckunterschiede über Zentraleuropa gering geworden sind. Ein flacher Tiefdruck drängt sich heute über Deutschland, doch herrscht meist trockenes, heiteres Wetter. Eine wesentliche Änderung ist für morgen nicht zu erwarten, es wird höchstens zu lokalen Gewitterbildungen kommen.

**Kleine Nachrichten**

**Stuttgart.** Der Termin für die Bewerbung um die Oberbürgermeisterstelle war am Samstag abend abgelaufen. Es waren nur zwei Bewerbungen eingegangen, und zwar in erster Linie von dem bisherigen Oberbürgermeister Lautenschläger, der sich zur Wiederwahl zur Verfügung stellt, und sodann von der komm. Partei Stuttgart, die den Gemeinderat und Landtagsabg. Schmid präsentiert.

**Frankfurt a. M.** Die Eröffnung der Frankfurter Frühjahrsmesse am Sonntag wurde von herrlichem Wetter begünstigt. Ein besonderes Gepräge erhielt der Sonntag durch die Eröffnung der Sonderausstellung „Das schöne niederländische Buch“. In großer Zahl hatten sich Mitglieder der niederländischen Kolonie eingefunden.

**Weimar.** In der Nacht vom Samstag auf Sonntag ist das sogenannte Große Museum von Einbrechern heimgesucht worden, denen ein Hembrandt (Selbstbildnis), ein Terborch, ein Verhaer, ein Ketscher sowie ein Fischlein in die Hände fielen. Die Diebe sind unerkannt entkommen. Der entstandene Schaden wird auf eine Million Mark geschätzt. Die Diebe waren an einem Mitarbeiter des Museums emporgestiegen, hatten ein Fenster entriegelt und sind so in das Innere des Museums gedrungen. Die Bilder sind vorsichtig aus den Rahmen gelöst worden. Die Diebe haben sich dann auf die gleiche Weise entfernt.

**Wohum, 11. April.** Die Kriminalpolizei in Medlinghausen hat einen groß angelegten Plan zur Verschönerung deutscher Farbenrezepte von ungeheurer Werte ins Ausland aufgedeckt und rechtzeitig vereitelt. Insgesamt handelt es sich um hundert Farbenrezepte der Fabrik von Wilhelm Braun in Cuedlinburg. Der Kaufmann Wagner und der Metzger Beste aus Medlinghausen wollten die Rezepte für 20 Millionen Mark an das Ausland verkaufen. Die Kriminalpolizei verstand es, die beiden in eine Falle zu locken. Als der Kaufvertrag mit dem angebotenen Käufer, der in Wirklichkeit ein Kriminalbeamter war, abgeschlossen wurde, verhaftete man beide. Durch den Verkauf der Rezepte nach dem Auslande würde der deutschen chemischen Industrie, die in den betreffenden Farben am Weltmarkt eine bisher unbestrittene Monopolstellung inne hatte, unbeschreiblicher Schaden zugefügt worden sein.

**Helgoland.** Aus Helgoland wird gemeldet, daß dort heute morgen ein Pulvermagazin infolge einer Explosion in die Luft flog. Drei Personen wurden getötet, eine schwer verwundet und eine vermißt.

**Wissabon.** Ungefähr 2000 Bädergäste streifen in Wissabon. Die Militärbehörden tun ihr Möglichstes, um die Versorgung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

**Schriftleitung:** Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kober; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindefortschritt, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heiligkeit Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefortschritt, Soziale Mundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Hilde; für den Anzeigenteil Gustav Kräger, sämtliche in Karlsruhe.

**Vereinsanzeiger**

Als in 4 Zeilen 1.20 bis 1.50 die Zeile. Bei 5 u. mehr Zeilen 1.50 bis 2.00 die Zeile. Organisationsangelegenheiten finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme. Karlsruhe. (Ges.-Ver. „Lassalle“) Heute abends 1/2 8 Uhr Probe in der Festhalle. Volljähriges Erscheinen unbedingt erforderlich. 3693 Karlsruhe. (Gesangverein „Gleichheit“) Mittwoch 1/2 8 Uhr Singstunde in der Schillerschule, Turnhalle. Kein Sänger darf fehlen. 3705

**Union-Theater**  
Kaiserstrasse 211. — Tel. 763

Ab heute:  
**Menschen.**  
Dramatisches Filmschauspiel in 6 Akten von Martin Berger.  
In der Hauptrolle: **GRETE LY.**

Ausserdem: 3698  
Auf vielseitigen Wunsch verlängert:  
Das gewaltige, einzig dastehende Sensationsfilmwerk:  
**Der letzte Schuß**  
in 7 Akten von Franz Seitz.  
Hauptdarsteller:  
**Grete Reinwald, Franz Seitz.**

**Fabrik-Niederlage Karlsruhe**  
der Bergisch-Märkischen Margarinewerke J. A. Isserstedt A.-G.,  
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf  
Alleinhersteller der  
**Qualitätsmarken**

**Esbu Cobu**  
Feinste Süßrahm-Butter Reine Pflanzen-Butter

**Extra**  
Siegel-Margarine.

General-Vertreter **Mondorf & Mellert, Karlsruhe**  
Telephon 4993 24 Lusenstrasse 24 Telephon 4993  
Stets frisch ab Lager Karlsruhe — in den besseren Geschäften zu haben

**Durlacher Anzeigen.**  
Weiterausgabe von Kochbuch von Donnerstag, den 14. ds. Mts. ab in den bekannt gegebene Geschäften. Ausgabemenge 400 Gramm pro Kopf auf Karte A 2 (grüne Karten). Schluß der Abgabe am Dienstag, den 19. ds. Mts. Preis pro Pfund 3,65 M. 894  
Durlach, den 11. April 1921.  
Kommunal-Verband Durlach-Stadt.

**Rastatter Anzeigen.**  
**Sozialdemokr. Partei Rastatt**  
Am Donnerstag abends 1/2 8 Uhr findet im Lokal zum „Anter (Heiner Saal) unsere jährliche **Generalversammlung** statt. Tagesordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht.  
2. Neuwahl des Gesamtvorstandes.  
3. Wünsche und Anträge.  
Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. 3708 Der Vorstand.

Wir empfehlen fortwährend:  
**la Fleisch**  
von 9—10 Uhr.  
Inwie 3709  
**Gerz, Leber, Lunge, Sülz**  
zu den billigsten Tagespreisen.  
**Gebr. Hagenauer**  
Magererei und Würsterei  
Marienstraße 40.  
— Tel. 4601. —

**Druckarbeiten**  
alles was liefert die Buchdruckerei „Volksfreund“, Lusenstraße 24.

**Heilerde**  
das natürlichste Heilmittel zum Innern u. äußeren Gebrauch, frisch eingetroffen  
**Engel-Drogerie,**  
Apotheker H. Reichard, Werdorplatz 44.

**Bruchsaler Anzeigen.**  
Leichtenträgerdienst betr.  
Zwei Leichtenträger-Stellen sind zu besetzen. Geeignete Bewerber wollen sich alsbald schriftlich melden. 895  
Bruchsal, den 8. April 1921.  
Der Stadtrat.

**Gewerkschaftskartell Bruchsal.**  
Am Donnerstag, den 14. April, abends punkt 8 Uhr, findet im „Bürgerhof“, großer Saal, ein **Lichtbilder-Vortrag** statt. Redner Herr B. Gottschall-Leipzig.  
Thema:  
**Schau Gott die Erde und den Menschen oder war es ein natürlicher Vorgang.**  
1. Abteilung: Vom Rebeckled zum Menschen.  
2. Abteilung: Das Werden des Menschen und die kulturelle Entwicklung der Menschheit.  
Eintrittspreis für Mitglieder 1,50 M., für Nichtmitglieder und an der Kasse 2.— M. 3701  
Um eine Störung des Vortrages zu vermeiden, bittet um pünktliches Erscheinen  
**Drausenschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Bruchsal.**

**Baden-Baden.**  
**Theaterkarten-Verkauf.**  
Mit Wirkung vom 15. April treten für den Verkauf von Eintrittskarten für die Stadtischen Schauspiele folgende Veränderungen ein:  
1. Die Tagespreise werden nach einem neuen Tarif gestaffelt in gewöhnliche, mittlere, große und erhöhte Preise, die sich in Art und Anwendung etwa den jetzt bestehenden Preisen anschließen, mit kleiner Erhöhung.  
2. Die Vorverkaufgebühr von 50 Pfennig wird aufgehoben. Es werden also vom 15. April ab alle Karten im Vorverkauf ohne besondere Gebühr zum Tagespreis abgegeben.  
3. Die Kurdenkarte wird von 1—4 Uhr nachmittags, sowie abends 9 Uhr und wenn keine Veranstaltung mehr nach 7 Uhr beginnt, um 8 Uhr geschlossen. Die Kassenstunden sind also künftig: vormittags von 10—1 Uhr, nachmittags von 4—8 Uhr, bei Vorstellungen nach 7 Uhr bis 9 Uhr. 893

